

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. n. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Heute wird in deutschem und zugleich slovenischem Texte ausgegeben und versendet:

Gesetz- und Verordnungs-Blatt für das Herzogthum Krain.

II. Stück. Jahrgang 1864.

Inhalts-Übersicht:

2.

Rundmachung der k. k. Stener-Direktion für Krain vom 29. December 1863, Nr. 6713,

betreffend die Einhebung der Steuer-, Stempel- und Gebühren-Erhöhungen für die Monate Jänner, Februar, März und April 1864.

Vom k. k. Redaktions-Bureau des Gesetz- und Verordnungs-Blattes für Krain.

Laibach, am 14. Jänner 1864.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 13. Jänner.

Die Haltung, welche Napoleon gegenüber der schleswig-holsteinischen Angelegenheit beobachtet, wird als eine der deutschen Nation äußerst freundliche bezeichnet. So verlautet aus zuverlässiger Quelle, daß er an verschiedene deutsche Fürsten Briefe erlassen hat, die den Ausdruck der freundschaftlichen Gesinnungen für die nationale Sache in Schleswig-Holstein enthalten. Namentlich wird in dieser Beziehung ein Brief an den König von Sachsen erwähnt, dessen Inhalt ganz besonders die deutsche Volksgesinnung betonen und den unausbleiblichen Sieg einer Sache voraussehen soll, für die sich die ganze Nation erhebe.

Die Intentionen des Franzosenkaisers sind immer Geheimniß geblieben, bis sie als fait accompli der Welt offenbarten; allein daß er gegen Deutschland irgend etwas im Schilde führe, und daß die freundliche Miene nur eine Maske sei, können wir aus verschiedenen Gründen nicht glauben. Einmal ist Frankreich gar nicht interessirt bei dem deutsch-dänischen Streite; dann folgt der Kaiser nur einem ausgesprochenen Prinzip, wenn er sich in die Angelegenheiten der fremden Nation nicht mischt; weiter ist es ihm nicht unangenehm, wenn England dabei etwas in die Enge getrieben wird; und schließlich hat ihn das beabsichtigte Attentat nachdenklich gemacht, und daran erinnert, daß er an den Deutschen einen besseren Nachbar, als an dem undankbaren Italiener, für den er Frankreichs Blut vergoß, hat.

Die Angelegenheit des Attentates beschäftigt in Paris noch immer lebhaft die Gemüther. Es ist eine Tendenzläge russisch inspirirter Journale, die den Einen der Verhafteten zum Polen stempeln wollte. Zwei sind aus Parma gebürtig, die anderen aus Süd-Italien. Die angeblichen Namen derselben sind Antonio Maspoli, Pasquale Greco, Natale Imperatori, Raphael Trabucco. Letzterer ist einer der „1000“ Garibaldi's und hat bei Aspromonte mitgefochten. Zwei Polizei-Agenten sind nach Turin und London entsandt, um dort weitere Nachforschungen anzustellen. Trabucco erklärt, er habe bei Aspromonte geschworen, Italien am Kaiser zu rächen. Sie erklären alle, daß sie keine Reue fühlen, und daß die ihnen mißlungene That von Anderen versucht werden wird. „So lange der Kaiser in Rom verbleibt, werden wir ihm keine Ruhe geben!“ sagen sie alle.

Aus den Papieren, welche man bei ihnen gefunden, hat sich ergeben, daß Mazzini der Organisator und Leiter des Komplottes ist, und daß er von Eugenio aus die Leute rekrutirt und bezahlt hat,

welche den Kaiser ermorden sollten. Die Verschwörer standen mit Mazzini, welcher sich gegenwärtig in London befindet, ununterbrochen in Korrespondenz und hatten die Absicht, Anfangs dieser Woche ihren Voratz auszuführen, und am letzten Samstag waren zu diesem Zwecke die Bomben gefüllt worden. Sie hatten aber kein Geld mehr, denn die 4000 Fr., welche sie von Mazzini erhalten hatten, sind bereits ausgegeben, ein Theil derselben in Orgien durchgejagt. Bei einem einzigen Diner sollen die vier Mörder 200 Fr. verausgabt haben. Sie schrieben daher an Mazzini, die Antwort an Greco kam aber erst an, als sie bereits verhaftet waren. Der Brief war von Mazzini, welcher 500 Fr. sendete. Greco sagte aus, wenn dieser Brief früher angelangt wäre, so hätten sie unverweilt das Attentat ausgeführt. Von den Bomben enthielten einige Knallquecksilber, die anderen Knallsilber. Letztere mußten bei der Analyse auf Eis gestellt werden, weil das Knallsilber bei nur wenig hoher Temperatur explodirt.

17. Sitzung des Herrenhauses

am 11. Jänner.

(Schluß.)

Kardinal Rauscher. Er wolle eine sachliche Berichtigung machen. Er habe keineswegs die Absicht gehabt, auszusprechen, wie nach seiner Meinung der Liberalismus definiert werden soll, sondern habe nur gesagt: „will man einen Staat ohne Religion Liberalismus nennen, möge man es thun.“ Daß dieses Haus solchem Liberalismus nicht zugethan sei, wisse Jeder. Die Hinweisung an eine Zeit, wo der Liberalismus diese Gestalt annahm, sei eine Wahrheit und Hinweisung auf Wahrheiten habe noch nicht geschadet. Redner zeigt, wie er den Liberalismus auffasse und sagt: wenn man zwischen Gewalt und Recht unterscheidet, muß man auch die Pflicht berücksichtigen. Es gebe kein Recht ohne Berücksichtigung der Pflicht. Redner weist noch auf die Erfindung von Schlagwörtern hin, diese appelliren nicht an die Vernunft, sondern an die Begierde und die Leidenschaft. Die Schlagwörter fügen stets an bei der Kirche und gingen auf den Staat über. Wenn ein solches Schlagwort einen Sieg erfocht, wandle es sich sogleich gegen das Eigenthum. Es ist dieß der Gang der Lavine. Diese Richtung hat sich des Konfordsats bemächtigt und daraus ein Schlagwort gemacht. Es sei dieß eine Konsequenz der politischen Agitation. Auf die Bemerkung des Vorredners über die Verfassung eingehend, sagt Redner: Was versteht man unter Verfassung? Etwa daß ein Ausschuss der zweiten Kammer regiert, der König seine Civilliste erhält, die zweite Kammer schüchterne Bemerkungen macht und das Volk, wenn es unzufrieden ist, die ganze Maschine auseinander schlägt. Dieß sei die Verfassung Louis Philipps und man könne ihr folgen. Bevor man in Oesterreich mit einer solchen Verfassung auch nur den Versuch machen wollte, würde der Staat in Trümmer fallen. Das Herrenhaus habe dasselbe Recht, wie das Abgeordnetenhaus, und müsse es wahren. (Bravo).

Graf Leo Thun spricht sich gegen diese Debatte überhaupt aus, da sie viel zu weit führen würde, und will dieselbe wieder auf das Justizbudget zurückführen. Wenn die Richter von den Administrativgeschäften entlastet sein würden, dann werde der Richter auch wirklich eine höhere Stellung einnehmen. Darin stimme er mit Graf Auerberg überein; dann werde es auch an der Zeit sein, jene Maßregeln zu ergreifen, welche nothwendig, um denselben eine bessere Stellung zu verschaffen.

Frelherr v. Lichtenfels. Er theile den Wunsch des Abgeordnetenhauses betreffs der Besserstellung des Richterstandes und anerkenne, daß es eben nur die Form sei, welche dem Herrenhaus den bezüglichen

Antrag als unannehmbar erscheinen lasse. Sich gegen die Aeußerung des Grafen Auerberg, welche sich auf ihn (Redner) bezogen, wendend, sagt er: er sei überzeugt von der Nothwendigkeit der Verfassung, habe auch stets an den Bestimmungen derselben festgehalten, über die Ausführung derselben gewacht. Wenn man ihm zugeben müsse, daß er kein Feind der Verfassung, (links: Gewiß nicht) so sage er, er begreife die Gefahren nicht, welche der Herr Vorredner gemalt hat. Redner zeigt, daß er nur von der freien Obahrung der Regierung „innerhalb der Titel und Kapitel“ gesprochen habe und sagt: Die Regierung habe zu den einzelnen Titeln des Budgets auch Spezialausweise als Beilagen vorgelegt, von welchen sie nicht wollte, daß sie Gesetz werden sollen, denn diese sind auch für die Regierung nur Wahrscheinlichkeitsberechnungen. Das Abgeordnetenhaus hat diese auch nicht einbezogen in das Budget, ein Beweis, daß es auch nicht die Absicht hatte, die Regierung daran zu binden. Geht man auf die einzelnen Posten dieser Ausweise ein, so findet man mehrere, welche auf Organisirungen sich beziehen, und von diesen sagte er (Redner), daß die Zustimmung aller Faktoren nothwendig sei, um solchen Rechtskraft zu verschaffen. Auf die Aeußerung des Grafen Auerberg übergehend, die erlassenen Proteste begründen einen ungesunden Zustand, sagt Redner: es sei sehr leicht möglich, daß die Faktoren sich über einen Posten einigen können, wenn auch jeder Faktor eine andere Ansicht über denselben hat. Auf die Frage übergehend, was für einen Rechnungsabschluss die Regierung vorzulegen habe, sagt Redner, daß sie dieselbe nach dem im Voranschlage enthaltenen Titeln und Kapiteln vorlegen und bei jedem zeigen muß, in wie weit es eingehalten oder überschritten wurde. Jedes Haus habe das Recht Aufklärung von Posten zu verlangen, aber bei der Kritik der Regierung kann es sich nur auf seine verfassungsmäßige Befugniß, die es früher entwickelte, halten. (Schluß der Sitzung wird beantragt, aber nicht angenommen.)

Graf Anton Auerberg meldet sich zum Wort, um eine thatsächliche Berichtigung zu machen.

Präsident ersucht die Redner bei der Sache zu bleiben, da er ohnehin eine Debatte hervorgerufen, die für den in Berathung stehenden Gegenstand nicht fruchtbar gemacht werden könne.

Nach einer kurzen Bemerkung des Grafen Anton Auerberg gegen den Kardinal Rauscher ergreift

Minister v. Caffer das Wort zu einer thatsächlichen Berichtigung, um nachzuweisen, daß seine bei Berathung des Budgets des Staatsministeriums über die richterlichen Beamten Namens der Regierung abgegebene Erklärung zu einem Mißverständnis Veranlassung gegeben habe. Was die Stellung der Justizbeamten anbelangt, so könne man darüber verschiedene Anschauungen haben, er aber glaube, daß Jeder Anspruch auf eine solche Stellung habe, welche der Leistung entspricht, die von ihm in Anspruch genommen wird. Er sei vollkommen damit einverstanden, daß den Justizbeamten auch jener Gehalt flüssig gemacht werde, welcher nothwendig ist, sie über tägliche Noth zu erheben und so ferne man es durch den Gehalt thun kann, auch jenen Grad von Unabhängigkeit, welche der Justizpflege nothwendig ist, zu sichern. In der Erklärung, welche er bei Berathung des Budgets des Staatsministeriums abgegeben habe, habe er aber ausdrücklich gesagt, daß es sich nicht darum handle, den Justizbeamten ihre Stellung anzuweisen, sondern ihre Bezüge aufzubessern, und mit Rücksicht darauf erklärte er, daß alle Beamten gleichmäßig berücksichtigt werden müssen. (Der Minister liest die betreffende Stelle aus dem stenographischen Protokolle.)

Minister Hein. Alle Redner hätten übereinstimmend auf die hohe Aufgabe und Wichtigkeit des Richterstandes hingewiesen und der Regierung an's Herz gelegt, für die Stellung des Richterstandes ge-

bührend zu sorgen. Der Minister Caffer habe eben aufgeklärt, daß dessen Worte mißverstanden wurden, anknüpfend könne er versichern, daß die Regierung die Stellung und Aufgabe des Richterstandes zu würdigen wisse und bestrebt sei, die Lage des Richterstandes zu bessern.

Es wird zur Abstimmung geschritten und werden die Anträge der Finanzkommission angenommen. Um 3¹/₂ Uhr schließt der Präsident die Sitzung.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

65. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 11. Jänner.

(Schluß.)

Es wird zur Tagesordnung geschritten.

Erster Gegenstand ist der Bericht des Ausschusses über die Regierungsvorlage in Betreff der Bestimmung des Feingehaltes der Gold- und Silberwaaren und dessen Ueberwachung.

Berichterstatter Dr. Groß liest den Bericht, in welchem der Ausschuss beantragt, das hohe Haus wolle beschließen, es sei dem über den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren und die dießfällige Kontrolle zu erlassenden Gesetze das fakultative Kontrollsystem zu Grunde zu legen (die Regierung legte ihrer Vorlage das imperativ-präventive Kontrollsystem zu Grunde) und die Regierung aufzufordern, auf diese Grundlage einen neuen Gesetzentwurf vorzubereiten und zur verfassungsmäßigen Behandlung zu bringen.

Abg. Skene: Ihm sei kein Fall bekannt, wo der Ausschuss mit den Intentionen des Hauses sich so im Widerspruch befand wie gegenwärtig. Das Haus habe im Vorjahre sich für ein neues Punzirungsgesetz ausgesprochen, die Regierung habe eine Vorlage gebracht und der Ausschuss spreche für eine fakultative Punzierung, was so viel heiße als gar keine Punzierung. Die von dem Ausschuss gebrachten Motive scheinen ihm an Sophistik zu kränkeln. Was habe beispielsweise die Gewerbefreiheit mit der Punzierung zu thun? Was sei es mehr als ein Klängen der Saß, zu sagen, daß ein Industriezweig nur dann fortschreiten könne, wenn er von den Fesseln der administrativen Bevormundung befreit werde? Der Ausschuss habe die Eigenthümlichkeit der Edelmetalle gänzlich außer Acht gelassen. Die Vergleichung derselben mit Juwelen sei eine ganz unpassende; diese seien der Mode unterworfen und könnten schließlich durchaus keine Punze erhalten.

Der Bericht habe die Reproduktivität der Güter gänzlich außer Acht gelassen, Redner glaubt, daß dieses Gesetz auf eine leichte Weise dem Publikum die notwendige Garantie für werthvolle Gegenstände schaffe. Der Aufschwung in der Goldwaaren-Industrie der neuesten Zeit sei mehr auf Unkosten des Publikums geschieden. Er sei überzeugt, daß der Händler nie dafür sein wird, daß die Güte der Waare festgestellt werde; in allen Ländern sei die große Wichtigkeit der Ursprungszeugnisse anerkannt, so sei heuer erst in England eine bezügliche Parlamentsakte publiziert worden. Oesterreich könnte nie den Weltmarkt erringen, wenn der Ursprung der Fabrikate verlängert wird. Die Ansicht, die Kontrolle der fremden Waare würde nicht möglich sein, sei nicht haltbar; die Interessen des Händlers seien nach dem Ausschussantrage sorgfältig gewahrt, aber an die Interessen des Publikums habe Niemand gedacht. Das bis jetzt bestehende Gesetz sei fast illusorisch. Ein anderer Grund dafür wäre das Hereinbringen einer halben Million Einkommen für den Staat durch eine echte Luxussteuer. Die fakultative Punzierung sei schon durch die notwendige Aufstellung vieler Beamten verwerflich, indem selbe dem Staate nur Auslagen schaffe. Redner stellt schließlich den Antrag: Der Ausschuss habe in die Verathung der Regierungsvorlage ungeschämt einzugehen, mit Zugrundelegung des Prinzips der imperativen Punzierung.

Präsident bemerkt, daß der Ausschuss eben nur eine Vorfrage gestellt habe. Würde diese abgelehnt, dann sei es ja selbstverständlich, daß der Ausschuss in die Regierungsvorlage einzugehen habe.

Der Antrag Skene findet bei der Unterstützungsfrage eine hinreichende Unterstützung.

Abg. Frochauer ist der Ansicht, daß der vorliegende Gesetzentwurf der Zeitlage gänzlich widerstreitet. Weist auf die Nachteile, die besonders für die Fabrikation von Goldwaaren geringeren Werthes entstehen müßten. Diese Maßregel würde die Industrie zu sehr drücken; der Gesetzentwurf sei nicht nöthig, um dem Publikum Schutz zu gewähren und der Waare einen Zwangskredit zu verschaffen. Redner ist völlig mit dem Ausschussantrage einverstanden.

Abg. Stamm (gegen den Ausschussantrag) glaubt, wo eine achtbare Fraktion von Gold- und Silberarbeitern selbst eine Steuer anbiete, müßten doch wichtige Gründe für imperativ-Präventive Vorliegen. Im Jahre 1860 habe die Regierung in dieser Angelegenheit eine Enquete veranlaßt und die Handelskammern von Wien, Pest, Verona, Padua,

Vicenza, Udine und Mantua hätten sich dafür ausgesprochen. Die gegentheiligen Ansichten ständen diesen gemachten Erfahrungen ganz unbegründet gegenüber. Redner wendet sich gegen die Ausführungen Frochauer's, der auf die Unmöglichkeit der Punzierung kleinerer Fabrikate hingewiesen habe und meint, dieß sei in Frankreich denn doch ausgeführt worden. Er bedauert, daß keiner seiner Kollegen aus Dalmatien anwesend sei, der ihm bezeugen könnte, wie stark der Betrug in Italien eben grassirt habe. Das kleinere Publikum werde gedrückt und diesem sei man verpflichtet, eine Garantie zu geben. Er müsse zugestehen, bis jetzt seien die Verhältnisse ziemlich solide geblieben, aber ob dieß so bleiben werde, ist die Frage und es lasse sich nicht absehen, ob man nicht den Markt Frankreichs aufsuchen werde. Die Verhandlungen der Münzkonferenz von 1856 hätten ergeben, daß vom technischen Gesichtspunkte aus, die in der Natur der Gold- und Silberwaaren begründete Unmöglichkeit, ohne unmittelbare Kontrolle des Staates das Publikum vor Uebervortheilungen schützen zu können liege. Abgesehen von Allem sei diese Steuer die gerechteste Luxussteuer, diese Einnahme würde nicht so unbedeutend sein. In Frankreich habe selbe vor 2 Jahren 3,980.000 Frk., in Belgien 64.000 Frk., in den Niederlanden 252.000 Frk. betragen. Er glaubt, das Haus würde auch eine solche Einnahme nicht zurückweisen.

Abg. Winterstein (Obmann des Ausschusses) wendet sich zuerst gegen die Auslassungen des Abg. Skene. Er bemerkt, daß ihm das Einbringen einer derartigen Vorlage bei den gegenwärtigen Verhältnissen gänzlich unerklärlich erscheine. Nach den Andeutungen, welche die Gegner gegen den Ausschussantrag gemacht haben, scheinen ihm die Begriffe der fakultativen Einhebung nicht genug klar vorzuliegen. Die fakultative schließe Maßregeln zum Schutze des Publikums in sich, denn die gesetzliche Bestimmung der Feingehalte ist das wesentliche Prinzip derselben. Die Berufung auf die Münzkonferenz sei nicht entscheidend, denn welche Erfolge hätte die gehabt? Redner weist auf das Gutachten der vom Ausschusse einberufenen Experten hin, und führt eines weiteren aus, wie das imperative Prinzip Fälschungen nicht ausschließe. Die von der Regierung dem Motivenberichte beigelegten Tabellen seien nur mit Vorsicht zu gebrauchen. Gegenüber diesen theilt Redner eine Skizze der im Auslande in dieser Beziehung bestehenden Verordnungen mit. Die Einführung der fakultativen führe durchaus keine bedeutende Vermehrung der Aemter mit sich. Redner behält sich bei der Massenhaftigkeit des Materials, das ihm zu Gebote stehe, es vor, nochmals in der Debatte das Wort zu ergreifen.

Abg. Steffens stellt unter Hinweis auf die immer mehr zunehmende Kälte im Hause und bei dem Umstande, als die Bänke bereits sehr gelichtet seien, den Antrag, die Sitzung zu schließen. (Heiterkeit.)

Präsident schließt um 1¹/₂ 2 Uhr die Sitzung.

Die Fortsetzung der Debatte findet in der morgigen Sitzung statt.

66. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 12. Jänner.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister v. Schmerling, v. Caffer, v. Plener, ferner Sektionsrath v. Rosner.

Der Bericht der Staatsschuldenkontrollkommission über die Befolgung des Artikels VII des Gesetzes vom 17. November 1863 wird vertheilt.

Eine Interpellation von Waser und Genossen an das Handelsministerium urgirt den Bau der Eisenbahn Peitau-Marbura durch die Südbahn.

In der Fortsetzung der Debatte über das Punzirungsgesetz spricht

v. Mühlfeld. Die imperativ-Präventive Kontrolle und die unbedingte Freiheit haben ihre Gründe für sich, nur das Prinzip der fakultativen Kontrolle sei ganz verwerflich und unausführbar. Er erklärt sich in längerer Rede für das Prinzip der imperativen Kontrolle.

Der Finanzminister. Die bestehenden Gesetze waren polizeilicher Natur, der fiskalische Zweck war durchaus Nebensache. Aus den Kreisen der Gewerbetreibenden selbst erging an die Regierung die Aufforderung, die Gesetze abzuändern, und diese ist dabei mit aller Objektivität vorgegangen. Das Prinzip der imperativen Kontrolle habe die Wahrheit, die Entschiedenheit für sich, die fakultative gewähre keinen Schutz, der denn doch wünschenswerth sei. Er empfehle die Regierungsvorlage ohne zu bestreiten, daß einige Punkte verbesserungsfähig seien.

Die Konversation im Hause ist so lebhaft, daß die Redner nur schwer verstanden werden.)

Dr. v. Aichenegg ist für die fakultative und gibt eine ausführliche Uebersicht des Weges, welches die betreffende Gesetzgebung zurückgelegt hat.

Nachdem Stummer noch gegen den Ausschussantrag gesprochen hat, wird auf Steffens Antrag Schluß der Debatte angenommen. Gegen den Antrag des Ausschusses war nur noch Bisra eingeschrieben, für denselben Bachofen, Brosche, Berger, Schindler, Riese-Stallburg, Herbst, Winterstein, von denen Herbst zum Generalredner gewählt wird.

Abg. Dr. Herbst. Als Generalredner habe er die Ansichten der eingetragenen Redner zu vertreten und müsse vor Allem das Haus mit den Anträgen, die die Herren Dr. Berger und Riese-Stallburg stellen wollten, bekannt machen. (Der Antrag Dr. Berger ist aufschiebender Natur mit Rücksicht auf die bevorstehende Zolleinigung, der Antrag des Baron Riese will zum fakultativen Systeme eine preßgesetzliche Bestimmung beigefügt wissen.) (Minister Ritter v. Hein erscheint) Redner sucht nachzuweisen, wie der Ausschuss im vollsten Einklange mit den Intentionen des Hauses geblieben sei. Ein ganz analoger Fall habe bei Erlassung des Promessengesetzes stattgefunden, wo das Haus der Ansicht des Ausschusses bezüglich der rein fiskalischen Natur dieser Verordnung beitrug. Wenn man da jede Beschränkung zurückwies, so glaubte der Ausschuss auch seine Ansicht in dieser Frage gerechtfertigt. Die Verschiedenartigkeit des Anspruchs der Gewerbetreibenden ließe sich leicht erklären, indem hier vorzüglich die verschiedenen Kategorien der Erzeuger maßgebend seien. Redner glaubt, die wahre Vermittlung der Händler und Käufer liege im Ausschussantrage (Bravo links.) Bei einer vollständigen Gewerbefreiheit müsse Jedem möglich sein, nicht bloß in der Hauptstadt, sondern auch am flachen Lande sein Gewerbe zu treiben, das ermögliche jedoch die imperativ-Präventive Kontrolle, nicht nur darin sei die Gewerbefreiheit beschränkt (Bravo.) Nach diesem Gesetzentwurf werde die inländische Arbeit der fremden geopfert. Bei der inländischen Waare müsse dieselbe im halbfertigen Zustande punctirt werden. Bei der ausländischen Waare habe sich die Kontrolle darauf zu beschränken, ob sie den geringsten nach dem Gesetze zulässigen Feingehalt habe. Beim Export österreichischer Waare unterliege sie denselben Punzirungsgesetzen. Der Inländer muß aber die Punzirungskosten tragen und das vertheuere übrigens die Waare, und da die Erzeugungskosten bei manchen Artikeln den wirklichen Werth weit übersteigen, so würde der Preis unerreichbar hinauf geschraubt. Eine Kontrolle des Käufers sei die fakultative allerdings nicht, aber eine des Verkäufers. Man habe vom finanziellen, handelspolitischen und politischen Standpunkt für die Vorlage gesprochen. Man hätte vermuthen sollen, daß auch die betreffenden Ressortminister den Gesetzentwurf von diesen Standpunkten aus vertheidigen würden, denselben habe jedoch nur der Herr Finanzminister vertheidigt, also sei der finanzielle Standpunkt der maßgebende. Die notwendige Vermehrung der Aemter würde das Erträgniß jedoch gleich Null machen. Man solle nicht in bloßer Sorge um diesen Industriezweig den Industriezweig selbst unmöglich machen. Die alte Fabel vom Bären, der seinen schlummernden Herrn mit einem Steine geweckt habe, sei zwar hier nicht ganz passend, denn die Industrie schlafe nicht, aber man werfe ihr doch zwei Steine, die Steuer und die Polizei auf den Hals. (Heiterkeit.)

Präsident stellt bezüglich der Anträge des Dr. Berger und Baron Stallburg die Unterstützungsfrage (der erstere erlangt eine hinreichende Unterstützung auf der Linken, der letztere nicht.)

(Schluß folgt.)

Oesterreich.

Wien. Sr. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ludwig Joseph haben dem Wiener Wohlthätigkeitsvereine für Hausarme 400 fl. für den Monat Jänner zur Vertheilung an würdig befundene Hausarme gnädigst spendet.

Ihre Excellenz Frau Gräfin Marie v. Sedlnitzky hat dem Vereine zu gleichem Zwecke den Betrag von 100 fl. gewidmet.

Die „O. G.“ meldet: „Die bevorstehende General-Kongregation des Agrar-Komitees wird unter anderen Gegenständen die Frage über die Einberufung des Landtages und über die Errichtung einer südslavischen Akademie in Verathung ziehen.“

Triest, 12. Jänner. Sr. Excellenz der Herr Statthalter von Triest und dem Küstenlande, Freiherr von Kellersperg, hat an die Bevölkerung des Statthaltereigebietes einen Aufruf gerichtet, wodurch er zu mildthätigen Beiträgen für Triest einladet. Diese Provinz, welche seit zehn Jahren von Drangsalen aller Art heimgesucht wird, hat auch in dem verfloffenen durch Dürre und Hagel, Seidenwürmer- und Traubenkrankheit, so wie durch die Viehseuche empfindlich gelitten, so daß die Regierung, um den bedauerlichen Zustand derselben wenigstens einigermaßen zu lindern, verschiedene öffentliche Bauten anordnete und zugleich einen Vorschub von 25 000 fl. bewilligte. Dieß reicht jedoch bei Weitem nicht aus,

weshalb an die Privatwohlthätigkeit appellirt wird, welche schon bei früheren ähnlichen Anlässen sich in so erfreulicher Weise kundgab.

Fiume, 6. Jänner. Chierry, der bekanntlich von der Vertreibung der Stadt Fiume nach Agram und Wien abgesandt worden war, um die Erhebung der italienischen Sprache zur ausschließlichen Geschäftssprache des Fiumaner Municipiums zu erwirken, hat nach seiner Rückkehr der besagten Stadtvertretung berichtet, er sei sowohl vom Banus, als auch von dem Hofkanzler sehr gut empfangen worden, habe jedoch an beiden Orten die Versicherung erhalten, daß die Nothwendigkeit der italienischen Sprache, dort, wo sie in Wirklichkeit besteht, zwar anerkannt werde, eine Schwächung der Rechte Kroatiens und der rein kroatischen Bevölkerung jedoch gleichfalls nicht geduldet werden könne. Ueber Antrag des Dr. Chiacci gab die ganze Versammlung durch Erheben von den Sätzen ihre Sympathie für die nationale Sprache Kroatiens zu erkennen.

Warasdin, 10. Jänner. Heute Früh gegen 2 Uhr ist das in der Mitte der Stadt kaum vor sechs Jahren neu aufgebaute, zweistöckige, kolossale ärarische Zigarren-Fabrikgebäude ein Raub der Flammen geworden.

Krakau, 9. Jänner. Gestern Nachmittags um 5 Uhr wurde in der Spitalsgasse Nr. 379 ein neues geheimes Verbbureau für die Ausständischen in voller Thätigkeit betrossen und aufgehoben, 4 Werber und 17 Angeworbene verhaftet.

Ausland.

In der Stellung Hannovers zur Augustenburger Erbfolgefrage scheint eine bedeutsame Wendung eingetreten zu sein. Einem sächsischen Blatte meldet man aus Hannover, 7. Jänner: In einer gestern unter dem Vorsitz des Königs gehaltenen Staatsrathssitzung soll der Beschluß gefaßt worden sein, daß Hannover von dem Londoner Protokoll zurücktritt und das Erbrecht des Herzogs Friedrich VIII. auf Schleswig-Holstein anerkennt. Der Beschluß soll bis nach der großen Landesversammlung am 10. d. M. nicht in die Oeffentlichkeit gebracht werden, damit die Regierung den Schein vermeidet, als habe sie einem Drucke der Volksmeinung und einer drohenden Demonstration nachgegeben.

Aus **Bukarest** erhalten wir die höchst wichtige Nachricht, daß Fürst Cousa die Einführung des Gregorianischen Kalenders beschlossen hat. Es liegt darin eine Annäherung an die europäischen Kulturstaaten und eine Entfernung von Rußland, welche von nicht zu unterschätzender Tragweite ist.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 14. Jänner.

Die dem Erstickungstode nahe gewesenen Einfall'schen Eheleute befinden sich außer Gefahr.

— Vorgestern erlitt die 65jährige Pfründnerin Maria Jamnik durch einen Fall auf einer beiseiten Stelle im Hofe des Hauses Nr. 2 in der Gradiska einen Bruch des linken Fußes.

— Bis zu welchem Grade von Ungerechtigkeit der Parteilichkeit sich hinreißen läßt, zeigen folgende Worte der ultramontanen „Schnellpost“ über Graf A. Auerberg, dessen Dichterruhm zu beschmücken das obokure Blatt sich nicht entblödet. Es sagt: Graf Anton Auerberg, großgewachsen unter den Dichtern und Dichterlingen Wiens, von ihrem und der Recensenten Weibrauch schon vor 20 Jahren berauscht, hat wohl markante, politische, radikale, kirchenseindliche Gedichte geschrieben, eine Sorte, die auch bei Geisteslosigkeit im Publikum immer Anklang findet — aber blöber als Politiker und Staatsmann noch kein Werk geschaffen, welches selbst als politischer Schutt sich geltend machen könnte. Seine Reden sind flache, auf den Stelzen der Opposition einhergehende Phrasen, banale, durch ihren Mißbrauch bei allen nur halbwegs Gebildeten längst in Verfall gekommene Schlagwörter.

— Das Erscheinen des „Pozor“ in Agram wurde in Folge einer dritten Verwarnung auf die Dauer von drei Monaten von dem hohen Statthalteratthe suspendirt.

Wiener Nachrichten.

Wien, 12. Jänner.

Kriegsminister FML. Graf Degenfeld ist im besten Wohlsein in Kairo eingetroffen. Auf ausdrücklichen Befehl des Biskönigs wurde dem Herrn Minister ein Nil dampfer für einen Ausflug nach Ober-Egypten zur Verfügung gestellt.

— Für das Künstlerhaus haben auf Veranlassung des Reichsraths Abgeordneter Abt Eder von Wöll die geistlichen Stifte von Altenburg, Oeras, Böttweil, Herzogenburg, Klosterneuburg, Wöll, Schotten, Seitenstätten und Zwettl einen Stiftungsbeitrag

von 9000 fl. gewidmet. Ebenso hat das Professorenkollegium der Akademie der bildenden Künste einen Beitrag von 5000 fl. für denselben Zweck bestimmt und ist der betreffende Beschluß dem Staatsministerium zur Genehmigung unterbreitet worden. In den letzten Tagen sind auch der Herr Erzherzog Ferdinand Max mit einem Beitrage von 4500 fl., sowie der Herr Erzherzog Wilhelm, Fürst Philipp Batthyany, Baron Trenk v. Tonder und die Firma Haas und Söhne mit je 3000 fl. als Stifter beigetreten. Der Bau soll im nächsten März auf den Stadterweiterungsgründen, nahe der Handelsakademie, in Angriff genommen werden.

Vom Beamten-Vereine.

Nach den, aus Ober- und Unterkrain an mich zurück gelangten Beitritts-Erklärungen zur Gründung des „ersten allgemeinen gegenseitigen Kranken-, Lebensversicherungs- und Vorstoß-Vereines für Beamte der österr. Monarchie“ haben bereits acht und fünfzig Herren Beamten von Ober- und Unterkrain mittelst ihrer Unterschrift die Geneigtheit zum Beitritte zu jenem Vereine ausgesprochen, und dürfte die Anzahl der Beitretenden hier zu Lande sich noch vermehren, da sowohl aus Ober- und Unterkrain als auch aus Innerkrain Vogen zu Beitritts-Erklärungen noch ausständig und auch von Laibach selbst noch keine eingegangen sind. Ich ersuche daher um deren baldige Einwendung, weil nach brieflicher Mittheilung des verdienstlichen Herrn Gründers des Vereines aus Wien, dort ein Comité von 24 Mitgliedern sich gebildet hat, welches sich mit der Verfassung der Statuten beschäftigt, die, sobald dieselben fertig sind, den zum Beitritte Geneigten in den Provinzen zur Verathung werden mitgetheilt werden, zu welchem Behufe sich in den Provinzen ebenfalls Comités zu bilden haben werden. Die Beitritts-Erklärung legt vor der allgemeinen Generalversammlung und Zustandebringung der Statuten keinerlei Verpflichtung auf, und hat nur zum Zweck, die Uebersicht zu erlangen, inwiefern sich das Unternehmen der Theilnahme erfreut; diese aber ist, wie es sich zeigt, bedeutend, denn es sind bereits bei 5000 Beitritts-Erklärungen eingegangen, so daß eine zweite Auflage der „Grundzüge“ zur Bildung des gedachten Vereines und der Blanquetten zu Beitritts-Erklärungen stattfinden mußte, welche bei mir unentgeltlich zu haben sind. Es muß gewiß jeden, insbesondere aber dem minder bemittelten Beamten erwünscht sein, einem Vereine beizutreten zu können, welcher die Unterstützung in Nothfällen, in den Tagen des Alters und bei Siechthum in Aussicht stellt, und die Zukunft der Familie im Falle des Ablebens des Beamten vor drückender Noth, sichert.

Dr. Heinrich Costa.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Frankfurt, 12. Jänner. Die heutige „Südd. Ztg.“ veröffentlicht eine Uebersetzung der französischen Note vom 8. Jänner an eine deutsche Regierung, in welcher Drouyn mittheilt, daß dem Kaiser Napoleon die Einladung Englands vom 31. December 1863 zu einer Konferenz wegen Schleswig-Holstein zugegangen sei, daß aber die kais. Regierung im Hinblick auf das Scheitern des allgemeinen Kongressvorschlages eine spezielle Konferenz in Paris abzuhalten ablehnen müsse, daß sie indessen nicht unbedingt gegen eine solche Konferenz sei. Drouyn fährt in der Note fort: Die Londoner Konferenz von 1852 hat nur ein ohnmächtiges Nachwerk zustandegebracht. Ihre Beschlüsse seien heute durch die Mehrzahl der Bundesstaaten Deutschlands bestritten, sogar durch einige, welche zugestimmt hatten. Wenn man heute wieder zusammentritt, würde es wesentlich sein, sich auf Bedingungen zu stellen, welche geeignet sind, Hoffnungen auf befriedigendes Resultat zu geben. In erster Stelle sei es von Wichtigkeit, die Konferenz nicht dadurch in Konflikt mit dem Bundestag zu setzen, daß man die Bevollmächtigten einlade über Fragen zu berathschlagen, welche thatsächlich schon entschieden sein dürften, und die kais. Regierung hat sich an die Mächte gewandt, um zu erfahren, ob sie geneigt wären, zum Ausgangspunkt den actuellen status quo in Holstein und Schleswig zu nehmen, d. h. die schwebenden Fragen vorzubehalten.

Drouyn hält die Theilnahme des deutschen Bundes an den Verhandlungen für sehr nützlich und bedauert, daß die Arrangements von 1852 zur Herstellung einer neuen Erbfolgeordnung in Dänemark ohne den Bund vorgenommen wurden; er bezweifelt, ob dieser (der Bund) darauf eingehen werde, und meint, dies hätte eher im allgemeinen oder engeren Kongresse geschehen können, und schließt: Da aber der Bundestag bei mehreren früheren Gelegenheiten alle Zumuthungen abgelehnt hat, welche dahin zielten, daß die Unterzeichner des Londoner Tractates seine Differenz mit Dänemark in die Hand nähmen, so

muß der Kaiser, ehe er seinerseits den Vorschlag des englischen Cabinets annimmt, sich zuvor darüber klar sein, ob die Anschauungsweise der deutschen Staaten in dieser Hinsicht sich geändert hat. Es folgt nun das schließliche Ersuchen um Mittheilung der Ansicht der betreffenden Regierung über den englischen Vorschlag.

Dresden, 12. Jänner. Einer Wiener Mittheilung des „Schwäbischen Merkurs“ gegenüber versichert das heutige „Dresdener Journal“, daß der König von Sachsen über die schleswig-holstein'sche Frage überhaupt nicht an den Kaiser von Oesterreich geschrieben habe.

Hannover, 12. Jänner. Minister v. Hammerstein eröffnete der Adressdeputation der Landesversammlung: „Es sei bekannt, wie sehr der König für die Herzogthümer sich interessire. Der König wolle einer Entscheidung des Bundes nicht durch irgendwelche Erklärung vorgreifen.“ Eine positive Erklärung über die Absichten des Königs und der Regierung verweigerte der Minister mit der Bemerkung, es sei kein Anlaß vorhanden, die Antwort des Königs ungünstig aufzufassen.

Hamburg, 11. Jänner (Nachts.) Aus Südschleswig wird gemeldet: das Eis ist an den meisten Stellen der Schley so dünn, daß ein Uebergang größerer Truppenmassen unmöglich erscheint.

Altona, 11. Jänner (Abends.) Schloß Gottorp muß von den Bewohnern, Unteroffizieren und deren Familien binnen 24 Stunden geräumt werden, weil die schleswig'sche Regierung dahin verlegt werden soll. Es heißt, der König und die Königin werden eventuell dort ihre Residenz nehmen.

Die heutige „Flensburger Zeitung“ meldet gerüchtsweise, daß die Augustenburger'sche Partei in Schleswig eine Huldigungsadresse nach Kiel gesandt habe.

Tschehe, 12. Jänner. Aus Schleswig, 10. Jänner, wird gemeldet: Der Amtmann Johannsen aus Husum, aufgefordert, das schleswig'sche Ministerium zu übernehmen, ist nach Kopenhagen gereist.

London, 11. Jänner (Nachts.) Hambro and Son werden hier eine dänische fünfprozentige Anleihe im Betrage von 1,200,000 Pf. St. auflegen, der Emmissionspreis ist 93.

London, 12. Jänner. Aus Bombay, 29., wird offiziell gemeldet: Mit der Zerstörung Mulla's ist der Krieg an der Grenze von Pendschab beendet. Pendschab und der Grenzbezirk von Peshawur sind vollständig ruhig.

Markt- und Geschäftsberichte.

Laibach, 13. Jänner. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 6 Wagen mit Getreide, 3 Wagen mit Heu und Stroh, 35 Wagen mit Holz.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Megen fl. —.— (Magazin-Preis fl. 5.65); Korn fl. —.— (Mgz. Pr. fl. 3.37); Gerste fl. —.— (Mgz. Pr. fl. 3.—); Hafer fl. —.— (Mgz. Pr. fl. 2.30); Halbfrucht fl. —.— (Mgz. Pr. fl. 3.85); Heiden fl. —.— (Mgz. Pr. fl. 2.59); Hirse fl. —.— (Mgz. Pr. fl. 3.—); Kukuruz fl. —.— (Mgz. Pr. fl. 3.66); Erdäpfel fl. —.— (Mgz. Pr. fl. —.—); Linsen fl. 4.20 (Mgz. Pr. fl. —.—); Erbsen fl. 4.50 (Mgz. Pr. fl. —.—); Bohnen fl. 4.50 (Mgz. Pr. fl. —.—); Rindschmalz pr. Pfund kr. 55, Schweineschmalz kr. 38; Speck, frisch kr. 24, detto geräuchert kr. 39; Butter kr. 50; Eier pr. Stück kr. 2½; Milch (ordinär) pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 18—22, Kalbfleisch kr. 20—22, Schweinefleisch kr. 20—22, Schöpfenfleisch kr. —; Hühnel pr. Stück kr. 23, Tauben kr. 15; Heu pr. Ztr. fl. 1.10 bis fl. 1.50, Stroh kr. 70—90; Holz, hartes 30“, pr. Klafter fl. 8, detto weiches fl. 6; Wein (Mgz. Pr.) rother und weißer, pr. Eimer fl. 10 bis 15.

Neustadt, 11. Jänner.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Megen fl. 4.86; Korn fl. 2.80; Gerste fl. 3.—; Hafer fl. 1.80; Halbfrucht fl. 3.30; Heiden fl. 2.50; Hirse fl. —.—; Kukuruz fl. 3.—; Erdäpfel fl. 2.—; Linsen fl. 6.40; Erbsen fl. 6.40; Bohnen fl. 4.80; Rindschmalz pr. Pfund kr. 45, Schweineschmalz kr. 40; Speck, frisch kr. 34, detto geräuchert kr. 40; Butter kr. 40; Eier pr. Stück kr. 1½; Milch pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 20, Kalbfleisch kr. 26, Schweinefleisch kr. 22, Schöpfenfleisch kr. —; Hühnel pr. Stück kr. 30, Tauben kr. 24; Heu pr. Ztr. fl. 3.50, Stroh fl. 1.40; Holz, hartes, pr. Klafter fl. 6.30, detto weiches fl. —.—; Wein, rother, pr. Eimer fl. 5, detto weißer fl. 4.

Theater.

Heute Donnerstag: Die elegante Zini. Die Gelden. Apotheker und Friseur. Operette, von Offenbach.

Morgen Freitag: Geschlossen.

Börsenbericht.

Die Börse verlief und schloß in guter Stimmung. Wechsel auf fremde Plätze waren allgemein und um einen Bruchtheil billiger angeboten. Gold nicht gefragt. In 1860er-Losen lebhafter Verkehr; Preise behauptet. Fonds-papiere fest. Nord- und Staatsbahn-Aktien höher. In Credit-Aktien wenig Aenderung bei mäßigen Umsätzen. Kreditlose matter. Geld genügend im Umlauf, sehr häufig im Leihgeschäft.

Wien, den 12. Jänner

Table with columns: Öffentliche Schuld, A. des Staates (für 100 fl.), B. der Kronländer (für 100 fl.), and various interest rates and prices for different securities.

Table with columns: Geld Waar, and lists of securities from various regions like Böhmen, Steiermark, and Galizien.

Table with columns: Geld Waar, and lists of securities like Staatl. Karl-Ludwig-Bahn, and Pfandbriefe.

Table with columns: Gold Waar, Wechsel, and Cours der Goldsorten, listing prices for various gold and silver items.

Telegraphische Effekten- und Wechsel-Kurse. an der k. k. öffentlichen Börse in Wien den 12. Jänner 1864.

Lottoziehungen vom 13. Jänner. Triest: 5 23 36 17 4.

Fremden - Anzeige. Den 12. Jänner. Stadt Wien. Die Herren; Fröhlich, Geschäftsvorfänger, von Wien. ... Wilder Mann. Die Herren; Leber, Kaufmann, und Davis, Dolmetscher, von London. ... Mohren. Hr. Pawlowelsky, k. k. Lieutenant, von Padua.

Bei F. A. Credner, k. k. Hof-Buch- und Kunsthändler in Prag, sind erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen: in Laibach durch Ign. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg:

Ahne, W. A., Shakespeare-Blüthen, als Festgabe zur 300jähr. Gedächtnissfeier des grossen britischen Dichters. Sprüche und Sentenzen moralischen Inhaltes. 16 geh. 1 fl. ö. W., in engl. Leinwand geschmackvoll gebunden fl. 1.50.

Polnische Revolutionen. Erinnerungen aus Galizien. 8° geh. 2 fl. 40 kr. Diese höchst interessante Schrift aus der Feder eines hohen österr. Staatsbeamten enthält: 1. An der Weichsel. 2. Am Dniester. 3. Die poln. Verschwörung in Galizien. 4. Die österreichische Regierung in Galizien. 5. Lemberg. 6. Tarnów. 7. Jakob Szela. 8. Pilsno. 9. Krakau. 10. Ostgalizien. 11. Schlacht bei Gdow. 12. Podgorze. 13. Folgen der Revolution von 1816. 14. Die Märztage in Lemberg. 15. Galizien nach den Märztagen 1848. 16. Die Novemberrevolution in Lemberg. 17. Galizien während des ungarischen Revolutionskrieges. 18. Die Neuzeit.

Leopold Sacher Masoch, Der Emissär. Eine galizische Geschichte, 8° geh. 80 Nkr.

Auf der Station Laibach sind circa 80 Ztr. altes Eisenblech von einer Dachbedeckung zu verkaufen, und können Kaufliebhaber dasselbe täglich beim Ingenieur Müller auf dieser Station besichtigen und demselben ihr schriftliches Anbieten übergeben. (110-1)

Bei F. A. Credner, k. k. Hof-Buch- und Kunsthändler in Prag, sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben: in Laibach bei GEORG LERCHER:

Ahne, P. W. A., Shakespeare-Blüthen. Eine Festgabe. Sprüche und Sentenzen moralischen Inhaltes 16. geh. 1 fl. ö. W., in engl. Leinwand gebunden 1 fl. 50 kr. Güntner, P. Gabriel Joannes B., k. k. Professor der Theologie an der Universität zu Prag. Hermeneutica biblica generalis juxta principia catholica. Editio III. 8. maj. 2 fl. Güntner, P. Gabriel Joannes B., k. k. Professor der Theologie an der Universität zu Prag. Introductio in sacros novi testamenti libros. 8° maj. geh. fl. 3. (2646)

Mahlmühle - Verpachtung. Die im Markte Wippach befindliche gräflich v. Lanthier'sche mechanische Mahlmühle mit 6 Gängen und einer Griespußmaschine sammt der dabei befindlichen Wohnung wird auf ein oder mehrere Jahre in Pacht hintangegeben. Pachtlustige belieben sich der näheren Pacht- und sonstigen Bedingungen wegen bei der Graf v. Lanthier'schen Administrations-Curatel in Görz, oder bei der Güter-Verwaltung in Wippach anzufragen. Wippach am 5. Jänner 1864. (64-2)

Wohnungen (97-3) sogleich zu vermieten im Hause Nr. 85 (Bairischer Hof) im 1 Stock rückwärts 1 Zimmer, große anschließende Küche mit Sparherd; am Dachboden 2 Zimmer, Küche mit Speis, 2 " " " " Nähere Auskunft ebener Erde beim Gastwirth daselbst.

Edikt. Den unbekanntenen Rechtsnachfolgern der Helena Tertnik wird hiemit bekannt gemacht, es habe Margareth Tertnik als Vermächtnisnehmerin nach Maria Tertnik die Erziehungsklage bezüglich der noch auf den Namen Helena Tertnik verewährten Hälfte des im städtischen Grundbuche sub Mappe-Nr. 121, Klf.-Nr. 110, vorkommenden Waldtheiles eingebracht. Zur dießfälligen Verhandlung wurde die Tagfahung auf den 14. März 1864, Vormittags um 9 Uhr, vor diesem Gerichte bestimmt, und Dr. Suppantschitsch als Kurator für die unbekanntenen Rechtsnachfolger der Helena Tertnik aufgestellt, welche zur erwähnten Tagfahung zu erscheinen, oder ihre allfälligen Behelfe dem genannten Kurator zu übergeben haben. R. k. Landesgericht Laibach am 22. Dezember 1863.

Ein geprüfter Odonom mit guten Zeugnissen wünscht als Odonomie-Verwalter auf einer Herrschaft gleich oder in 3 Monaten plazirt zu werden. Das Nähere im Zählungs-Comptoir. (100-3)

MOLL'S Seidlitz-Pulver. Central-Versendungs-Depot: Apotheke „zum Storch“ in Wien. Zur Beachtung. „Jede Schachtel der von mir erzeugten Seidlitz-Pulver ist zum Unterschied von ähnlichen Erzeugnissen mit meiner Schutzmarke und Unterschrift versehen und auf jedem, die einzelne Pulverdose umschließenden weißen Papier das Kennzeichen „Moll's Seidlitz-Pulver“ in Wasserdruck ersichtlich gemacht.“ Preis einer versiegelten Originalschachtel 1 fl. 25 kr. öst. W. - Gebrauchsanweisung in allen Sprachen. Diese Pulver behaupten durch ihre außerordentliche, in den mannigfaltigsten Fällen erprobte Wirksamkeit unter sämtlichen bisher bekannten Hansarzenzien unbestritten den ersten Rang; wie denn viele Tausende aus allen Theilen des großen Kaiserreiches uns vorliegende Dankfugungsschreiben die detaillirten Nachweisungen darbieten, daß dieselben bei habitueller Verstopfung, Unverdaulichkeit und Sodbrennen, ferner bei Krämpfen, Nierenkrankheiten, Nervenleiden, Herzklappen, nervösen Kopfschmerzen, Blutungen, gichtartigen Glieder-Affektionen, endlich bei Anlage zur Hysterie, Hypochondrie, andauerndem Brechreiz u. s. w. mit dem besten Erfolg angewendet werden und die nachhaltigsten Heilerfolge liefern. Niederlage in Laibach bei Herrn Wilhelm Mayer, Apotheker „zum goldenen Hirschen.“ Görz: Fonzari. Gurkfeld: Fried. Bömches. Gotschee: Jos. Kreu. Neustadt: Dom. Rizzoli und Josef Bergmann. Wippach: Ant. Deperis. Durch obige Firma ist auch zu beziehen das Gchte Dorsch-Leberthran-Öel. Die reinste und wirksamste Sorte Medicinalthran aus Bergen in Norwegen. Jede Bouteille ist zum Unterschied von andern Leberthranforten mit meiner Schutzmarke versehen. Preis einer ganzen Bouteille nebst Gebrauchsanweisung 1 fl. 80 kr., einer halben 1 fl. öst. W. Das echte Dorsch-Leberthran-Öel wird mit dem besten Erfolg angewendet bei Brust- und Lungenkrankheiten, Scropheln und Rachitis. Es heilt die veraltetsten Gicht- und rheumatischen Leiden, so wie chronische Hantanschlüge. Diese reinste und wirksamste aller Leberthran-Sorten wird durch die sorgfältigste Einmahlung und Auscheidung von Dorschfischen gewonnen, jedoch durchaus keiner chemischen Behandlung unterzogen, indem die in den Originalflaschen enthaltene Flüssigkeit sich ganz in demselben ungeschwächten primitiven Zustande befindet, wie sie aus der Hand der Natur unmittelbar hervorging. A. MOLL, Apotheker und chemischer Producten-Fabrikant in Wien. (76-1)